

KINDERPORNOGRAFIE

Weltumspannende Netze

Beim größten Schlag gegen den Kinderpornohandel beschlagnahmten Polizisten und Gendarmen bei 329 Hausdurchsuchungen in ganz Österreich rund 170.000 Beweisstücke, davon 90.000 Datenträger.

Dienstag, 16. April 2002: Ab fünf Uhr früh begannen in ganz Österreich 321 Hausdurchsuchungen, ein Drittel davon in Wien, weitere acht folgten am 17. April aufgrund der Ermittlungen. Insgesamt beschlagnahmten Gendarmen und Polizisten in allen Bundesländern 90.000 Datenträger, 52.000 davon in Wien. In mehreren Fällen mussten die Fahnder mit Kleinlastwagen anrücken, um das sichergestellte Material abzutransportieren. Die polizeilichen Maßnahmen richteten sich gegen 283 mutmaßliche Käufer von kinderpornografischen Material über das Internet. Bei 117 der 283 Angezeigten erhärtete sich der Verdacht.

Die Großaktion war eine Folge eines Schlags gegen den Kinderpornohandel in den USA. Polizisten aus Texas waren 1998 auf die Firma "Landslide" ("Erdrutsch") in Fort Worth gestoßen. Sie ermittelten über ein Jahr lang verdeckt und verhafteten die Firmeninhaber, ein Ehepaar, im September 1999. Das Ehepaar hatte das Unternehmen 1997 gegründet und innerhalb von zwei Jahren einen Gewinn von mehr als 5,5 Millionen Dollar gemacht. Für eine Monatsgebühr von 30 Dollar (34 Euro) konnten Kunden aus einem Depot Kinderpornos schöpfen – in fast unbegrenztem Ausmaß. Die Bilder stammten zu einem großen Teil aus Russland und Indonesien.

Das Kinderpornoangebot enthielt Fotos, auf denen Kinder vergewaltigt werden. Die Hersteller und die Opfer wurden bisher nicht ausgeforscht. Landslide-Besitzer Thomas R. wurde im Jahr 2000 zu 1.335 Jahren Haft verurteilt, seine Frau erhielt 14 Jahre Gefängnis. Laut den texanischen Gesetzen ist eine vorzeitige Entlassung in ihren Fällen nicht möglich. Insgesamt verhafteten US-Polizisten hundert Verdächtige. Um die Daten der Kunden aufzuarbeiten, brauchten Ermittler des Interpol-Generalsekretariats in Lyon (Frankreich) zwei Jahre. Aus 390.000 Kreditkartendaten filterten sie 150.000 Verdächtige aus aller Welt, darunter über 900 Daten aus Österreich und 14.000 aus Deutschland. Der Internetermittler Markus Bauer vom Bundeskriminalamt in Wien filterte seit September 2001 275 Österreicher aus dem Datensatz, einige davon sind bereits tot. Unter den Verdächtigen befinden sich drei Männer, die wegen Kinderpornohandel im Internet angezeigt wurden.

Die Zahl der Hinweise auf Kinderpornoseiten im Internet hat stark zugenommen: Im Vorjahr meldeten Internet-Surfer über 2.300-mal einen Verdacht der Meldestelle im Bundeskriminalamt in Wien; im Jahr 2000 waren es 1.706 Hinweise. Die Zahl der verwertbaren Mitteilungen betrug 343, im Jahr 2000 waren es 595. Das ist darauf zurückzuführen, dass immer wieder dieselben verdächtigen Bilder gemeldet werden. Stark gestiegen ist die Zahl der Hinweise auf österreichische Verdächtige (1999: 33, 2000: 47, 2001: 85).

In den ersten drei Monaten des Jahres erreichten die Meldestelle bereits 538 Hinweise, 14 davon mit Österreichbezug. Die Internetafahnder selbst forschten auf 776 Webadressen nach verdächtigem Material; im gesamten Vorjahr waren es über 3.700 Seiten. "Die Internetsurfer

sind aufmerksamer als früher", erläutert Markus Bauer die Zunahme. Mit einigen Hinweisgebern sind die Beamten der Meldestelle in ständigem Kontakt. 80 Prozent der Hinweise beziehen sich auf Web-Adressen. Neunzig Prozent davon werden in den USA ins Netz gestellt. Die restlichen Hinweise betreffen Newsgroups und Chatrooms.

Zuletzt verbuchten die Internetfahnder im November 2001 einen internationalen Erfolg: Koordiniert von Beamten des Bundeskriminalamts Wiesbaden, beschlagnahmten Kriminalisten in zwölf Ländern in rund 200 Hausdurchsuchungen zeitgleich Computer und Datenmaterial. Eine Hausdurchsuchung fand in Niederösterreich statt. Auf die Spur des Kinderporno-Rings waren deutsche Polizisten durch Zufall gekommen: Am 20. November 2000 waren sie gerufen worden, um in einem Handy-Geschäft in Mayen (Rheinland-Pfalz) einen Streit zwischen zwei Geschäftspartnern zu schlichten; als die Polizisten einschritten, warf einer der Streitpartner eine Computer-Festplatte in ein Waschbecken. Er wollte die Daten auf dem PC vernichten – erfolglos: Spezialisten der deutschen Polizei entdeckten 16.000 Kinderpornobilder, 300 Video-Clips und 14 Adressenlisten, in denen die Tauschpartner des PC-Besitzers angeführt waren, insgesamt 2.200 in über 40 Ländern.

"Knaben ab sieben Jahren"

Den bisher größten Schlag gegen österreichische Kinderpornohändler gelang den Beamten der Meldestelle im September 2001: In Salzburg beschlagnahmten Polizisten und Gendarmen Computer und Datenträger. Den entscheidenden Hinweis hatten Benutzer eines deutschen Homosexuellen-Chatrooms gegeben. Manfred Österreicher von der Internet-Meldestelle im Innenministerium und deutsche Internet-Fahnder filterten aus einem 30.000-seitigen Chat-Protokoll die beiden Verdächtigen heraus. Einer der Salzburger hatte in einem abgeschotteten Chatroom nach "Knaben ab sieben Jahren" gefragt – er hätte sie "gerne live"; bezahlen würde er 3.000 Schilling pro Nacht. In einem anderen Online-Gespräch fantasierten die beiden Verdächtigen davon, Knaben beim Geschlechtsakt zu töten.

Die Männer gestanden, Kinderpornos ausgetauscht zu haben; in Bezug auf den "Tötungs-Chat" behaupten sie, "nur fantasiert" zu haben; sie hätten noch nie sexuellen Kontakt mit Kindern gehabt. Auf den Datenträgern eines Verdächtigen waren etwa 12.000 kinderpornografische Bilder gespeichert. Exekutivbeamte beschlagnahmten einen PC, einen Laptop, zwölf Festplatten, zehn Videos und zehn CD-Rohlinge. Ein Verdächtiger versuchte, seine Spuren im Internet zu verwischen, beging dabei aber einen Fehler, der es den Internet-Ermittlern ermöglichte, ihn auszuforschen. Die beiden Salzburger hatten sich im Frühsommer 2001 im Chatroom kennen gelernt.

Untauglicher "Lockvogel"

Im Juli 2000 verhaftete Österreicher einen Salzburger, der in Chatrooms Mädchen unter 14 gesucht hatte. Ein Treffen mit einer vermeintlich 13-Jährigen wurde vereinbart – als Lockvogel kam eine 22-jährige Polizistin aus Wien. Am Computer des Salzburgers fanden Kriminalisten der Datensicherungsgruppe des Innenministeriums 700 Pornobilder, aber keines mit Kinderpornos.

Der Staatsanwalt stellte das Verfahren ein, mit der Begründung, der Lockvogel sei ein "untaugliches Mittel" gewesen, die Zeit zwischen Anbahnung und geplanter Tat zu groß. "Beides hätten wir nicht ändern können", sagt Manfred Österreicher. "Eine 13-Jährige hätten wir nicht als Lockvogel verantworten können." Ebenso unverantwortlich wäre es gewesen, zu warten, bis der Mann mit der 13-Jährigen in einem Zimmer verschwunden wäre.

G. B.

Meldestelle für Kinderpornografie im Internet: meldestelle@interpol.at

INTERNET-PROVIDER

Gelöschte Daten

Die Provider sind gesetzlich verpflichtet, innerhalb einer Frist Adressennummern zu löschen, unter denen sich Internet-Anwender im Netz anmelden. Für die Ermittler verlieren sich die Spuren an dieser Stelle. "Für effiziente Ermittlungen wäre es nötig, die Frist auf ein Jahr auszudehnen", sagt Karl Eichler, Internetfahnder in Wien.

Immer öfter stoßen die Ermittler auf Schwierigkeiten, weil Surfer anonym unterwegs sind und weil Internetanbieter Einstiege in das weltweite Netz nicht speichern ("mitloggen"). "Das Gesetz gestattet das Mitloggen nur dann, wenn es zur Verrechnung nötig ist", erklärt Karl Eichler. "Viele Internetzutritte werden pauschal verrechnet, deshalb werden sie nicht mitgeschrieben." In diesen Fällen ist nicht mehr nachvollziehbar, wer, wann, bei wem Kinder pornos angeboten hat.

Manche Internetprovider weigern sich zudem, den Internetpolizisten Verbindungsdaten Verdächtiger herauszugeben – aus Datenschutzgründen. Sie behaupten, es handle sich nicht um Stammdaten gemäß dem Sicherheitspolizeigesetz